

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Mack'schen Buchdruckerei (Anhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strauß in Neuenbürg.

Einzigpreis:

Die einsp. Beilage oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 f. Reich-M. 30 f. mit Inl.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte u. Anzeigenentwürfe 20 f. Bei größ. Aufträgen Abatt. bei im Falle des Abbruchs der Anzeigen hiervon nicht. Ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Berechnungen außer Kraft.

Geschäftsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Austr. wird keine Gebühr übernommen.

**Bezugspreis:**  
Monatlich in Neuenbürg 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im In- und Ausl. 1.85 m. Postzuschlag. Preis frei. Preis einer Nummer 10 f.  
In Fällen hoh. Ermäß. besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung od. auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenten u. Ausdrägerinnen jederzeit entgegen.  
Verantwortl. Hr. 4.  
Ges.-Kassa Nr. 24  
O. L. - Druckerei Neuenbürg.

Nr. 115.

Freitag den 18. Mai 1928.

86. Jahrgang.

## Deutschland.

### Das Aufwertungsproblem und die württ. Regierung.

Da die Auffassung verbreitet wird, die württ. Regierung habe es an den nötigen Schritten fehlen lassen, um eine gerechte und zweckmäßige Aufwertungsregelung zu erreichen, so sei hiermit folgendes festgestellt: Nach Annahme der Aufwertungs-Gesetze im Reichstag am 16. Juli 1925 hat die württ. Regierung im Reichsrat unter eingehender Begründung beantragt, gegen die Aufwertungs-Gesetze Einspruch zu erheben. Der Antrag fand aber nicht die ausreichende Unterstützung. Nach Annahme der Aufwertungs-Gesetze suchten die Reichsanwaltschaften hin- und hergehend Aufwertung der Gemeindeforderungen auszuschließen, wonach eine über den Aufwertungs-Gesetz der Reichsanwaltschaften hinausgehende Aufwertung der Gemeindeforderungen ausgeschlossen werden sollte. Diese Forderung wurde am 1. Oktober 1927 durch die württ. Regierung, der es zu danken ist, daß die Gemeindeforderungen erheblich höher aufgewertet worden sind als die Reichsanwaltschaften. Der aufwertungsrechtlichen Haltung der württ. Regierung ist es auch zu danken, daß die Sparkassenanteile in Württemberg beträchtlich höher aufgewertet wurden als in Preußen. Bei Beratung der Aufwertungs-Gesetze vom 1. Juni 1927 hat die württ. Regierung im Reichsrat beantragt, unter bestimmten Voraussetzungen eine individuelle Aufwertung der persönlichen Forderungen zuzulassen. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit im Reichsrat. Endlich hat der Reichspräsident im Mai 1927 eine ausführliche Denkschrift über die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Veränderung der Aufwertungs-Gesetzgebung verfaßt und sie durch Vermittlung des württembergischen Staatspräsidenten in Berlin dem Reichspräsidenten überreicht. Derselbe Denkschrift hat er der Reichsregierung überreicht und über sie mit dem Herrn Reichspräsidenten und anderen Reichsministern verhandelt. Da aber die Mehrheit des Reichstags zu einer grundsätzlichen Veränderung der Aufwertungs-Gesetzgebung sich nicht entschließen konnte, so hat die Reichsregierung mit Schreiben vom 8. Juni 1927 mitgeteilt, daß eine grundsätzliche Veränderung der Aufwertungs-Gesetze, nachdem sie seit 2 Jahren in Kraft seien, mit den finanziellen und wirtschaftlichen Interessen nicht mehr vereinbar sei. Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß die württ. Regierung alles, was in ihrer Macht lag, getan hat, um eine gerechte und zweckmäßige Aufwertungsregelung zu erreichen.

### Schwarzwalddwasserwerkverfassung der Stadt Stuttgart.

Stuttgart, 15. Mai. Dem Stadtschultheißenamt Stuttgart ist bekannt geworden, daß die Neuenbürger Bezirksvereine von 5 politischen Parteien, nämlich der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Zentrumspartei und der Sozialdemokratischen Partei, an ihre Landesorganisationen wegen der geplanten Stuttgarter Schwarzwalddwasserwerkverfassung folgende Anfrage gerichtet haben: 1. Ist Ihre Partei bereit, im kommenden Landtag sich gegen eine Konzeptionserteilung betr. das Stuttgarter Schwarzwalddwasserwerkverfassungsprojekt auszusprechen? 2. Ist Ihre Partei bereit, im kommenden Landtag alles zu unterstützen, was darauf abzielt, daß Stuttgart seinen Wassererzeugungsbedarf anderweitig eindeckt? Hierzu hat das Stadtschultheißenamt Stuttgart folgendes zu erklären: Die Stadt Stuttgart vertritt der Objektivität des Landtags und darf erwarten, daß keine Partei im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit ohne genaue Kenntnis des Sachverhalts Bindungen eingetrigt, die sie später in einer Stellungnahme gegen die geplante Schwarzwalddwasserwerkverfassung verpflichten würden. Die Stadt Stuttgart wird bei der geplanten Verfassung Stuttgart auch die Wassererzeugungsinteressen des Bezirks Neuenbürg miteinbeziehen, ja voranzutreiben und dies durch den Wassererzeugung geschädigten Teilwerksbetreiber in Geld oder in Kraft entschädigen.

### Auffstellung der Gemeindeveranschlagung.

Stuttgart, 15. Mai. In einem Erlass des Innenministeriums und des Finanzministeriums werden die Gemeinden angefordert, soweit nicht schon geschehen, ihre Veranschlagung für das Rechnungsjahr 1928 mit möglicher Beschleunigung aufzustellen. Unter der Voraussetzung, daß der Anteil Württemberg an dem Gesamtanteil der Länder an der Einkommen- und Körperschaftsteuer den bei der Aufstellung des Veranschlagung des Landes in Aussicht genommenen Betrag erreicht, und unter der weiteren Voraussetzung, daß in dem bisherigen Anteilverhältnis des Rechnungsteils der einzelnen Gemeinden an der Summe der Rechnungsteile der württ. Gemeinden nach dem VII. Verteilungsschlüssel keine Verschiebung eintritt, kann bei der Aufstellung der Veranschlagung für 1928 als Anteil eingestellt werden: bei der Einkommensteuer 21,2 Prozent, bei der der Körperschaftsteuer 20,7 Prozent des Rechnungsteils an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer nach dem VII. Verteilungsschlüssel. Der Anteil an der Umsatzsteuer kann für 1928 mit 2,90 RM. auf den Kopf der Wohnbevölkerung und 2,84 Prozent der vereinigten Rechnungsteile nach dem VII. Verteilungsschlüssel angenommen werden. Der Voranschlag zum Haushaltsjahr und der Prozentanteile Abzug aus Belastungsstellen bleiben auch für das Rechnungsjahr 1928 bestehen. Die übrigen Grundsteuer und das Gebäudesteuer sind der Untergebührensatzung mit 100 Prozent zu unterstellen. Die Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1928 werden, soweit sie bis zur Aufstellung der Veranschlagung noch nicht bekannt sind, im allgemeinen etwa in derselben Höhe wie für 1927 angenommen werden können. Gemeinden, die für 1927 einen Zuschuß aus dem Ausgleichsfond erhalten, können im allgemeinen unter gleichen Verhältnissen etwa den gleichen Betrag auch in ihren Veranschlagung für 1928 einstellen. Das Gläubiger- und die Beiträge an bedürftige Gemeinden zur Befreiung der Verträge. Die Amtsverordnungen werden angefordert, ihre Veranschlagung für das Rechnungsjahr 1928 gleichfalls unter Berücksichtigung der Veranschlagung der Gemeinden für deren Veranschlagung aufzustellen und den Gemeinden für deren Veranschlagung aufzustellen den vorläufigen Anteilveranschlagung baldmöglichst mitzuteilen.

### Der Reichspräsident und der Wahlkampf.

Berlin, 16. Mai. Reichspräsident v. Hindenburg ist verschiedentlich in der letzten Zeit im Wahlkampf von Parteien in Anspruch genommen worden. Von zukünftiger Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Reichspräsident bereits vor einiger Zeit durch den Staatssekretär Reichner erklärt hat, daß er keiner Partei angehört. Auf diese Erklärung wird erneut hingewiesen. Auch der Brief des Reichspräsidenten an den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, vom 3. Januar 1927, aus dem das Gegenteil geschlossen worden ist, hat keine Bedeutung dieser Art, sondern hat nur den Dank des Reichspräsidenten für die feinerseitigen politischen Bemühungen von Dr. Scholz ausgedrückt.

### Stresemanns Befinden.

Berlin, 16. Mai. Im Befinden des Reichsaußenministers Dr. Stresemann ist heute vormittag eine leichte Besserung eingetreten. Nach Ansicht der Ärzte ist sowohl die Erkrankung des Magens und des Darms wieder zurückgegangen, vor allem aber hat sich die Funktion der Nieren gebessert, so daß, wenn keine Komplikationen eintreten, man mit einem normalen Krankheitsverlauf rechnet. Puls und Atmung waren heute morgen normal, nachdem die Nacht besser verlaufen ist, als die vorausgehende. Die Besserung macht sich auch äußerlich darin bemerkbar, daß Dr. Stresemann wieder Anteilnahme an allen Vorgängen zeigt. Auch die Nahrungsaufnahme hat sich gebessert und die Bergstimmung ist zufriedenstellend.

### Stresemann noch nicht außer Gefahr.

Berlin, 17. Mai. Das Befinden des Außenministers wird aus seiner Umgebung in den Abendstunden als unverändert bezeichnet. Puls und Temperatur sind normal. Die Verdauungsstörungen sind zurückgegangen und die Niere funktioniert besser. Aber es fehlt leider noch immer nicht, daß die Gefahr eines Relapses ausgeschlossen ist. Immerhin hat die Stimmung des Patienten sich wesentlich gebessert. Nach wie vor ist die Teilnahme für den erkrankten Außenminister abgesehen. Immer wieder werden Ärzte und Umgebung mit Rücksicht gefragt. Der Reichspräsident läßt sich zweimal täglich Bericht erhalten. Aber auch seit alle römischen Regierungslassen sich durch ihre Missionen nach dem Befinden Dr. Stresemanns erkundigen.

## Ausland.

### Polnische Stimmen gegen die Zerstörung des Bismarck-Turmes in Bromberg.

Bromberg, 16. Mai. In den Zerstörungsarbeiten am Bismarck-Turm in Bromberg ist seit mehreren Tagen eine Unterbrechung eingetreten. Ob es sich dabei um technische Schwierigkeiten oder grundsätzliche Erwägungen handelt, ist nicht bekannt. In der überwiegenden Mehrheit der gesamten deutschen und polnischen Bevölkerung herrscht Ablehnung. Die polnischen Zeitungen, die eine Ausdrucksweise über das Für und Wider veranlassen hatten, haben eine große Menge Entwürfe erhalten, die in leidenschaftlicher Form gegen das Unternehmen Stellung nehmen. Nach einer Mitteilung liegen gegenwärtig 107 polnische Inschriften vor, von denen sich 102 gegen und 5 dafür aussprechen. In der „Deutschen Rundschau“ veröffentlichte der bekannte Rechtsanwalt und Sejmabgeordnete Spizer einen Artikel, in dem er darauf hinweist, daß die Leidenschaft zwischen den Nationen von neuem aufzuwachen. Die unverständliche Einstellung der Zerstörungsarbeiten ist geboten.

Warschau, 16. Mai. Der Direktor des Eisenbahnbetriebsamts in Krakau, Turck, ist verhaftet worden, weil er die Pläne für die Mobilisierung der Eisenbahnen im Kriegsfall und auch anderes Geheimmaterial, z. B. über die Flugzeugherstellung, nach Sowjetrußland ausgeliefert hat. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Pläne für die Verteidigung der polnischen Ostmarken.

### Frankreich zur Errettung Stresemanns.

Paris, 16. Mai. Mit Interesse verfolgt man in Frankreich die Krankheit Stresemanns. Der dem Lord D'Orsay nahe stehende „Paris Correspondent“ schreibt: In Frankreich, wo jedermann Dr. Stresemann als einen Begründer der Locarno-Politik und als einen Verteidiger der deutsch-französischen Annäherung kennt, werden die Tage der Krankheit mit sympathischem Interesse verfolgt und man hofft, die robuste Konstitution des Ministers werde schließlich über die erste Erkrankung, die er sich im Laufe der Wahlkampagne zugezogen, obliegen, damit er auch weiterhin daran arbeiten kann, das europäische Friedenswerk, das er gemeinsam mit Chamberlain und Briand unternommen hat, zu konsolidieren.

### Das bedrohte Sefing.

Tokio, 16. Mai. Das japanische Kabinett beschloß die Entsendung der dritten Tanager-Division nach Sefing, sobald das Leben der dortigen Japaner bedroht würde. Angesichts des schnellen Vormarsches der Südruppen wird mit einer ungewissen Entsendung gerechnet. Japan will die Zustimmung des Befehlshabers diplomatischen Korps nachsuchen und folgende Verpflichtungen übernehmen: Schluß sämtlicher Ausländer, die Sicherung der Eisenbahnen, der Telegraphenverbindungen zur Küste; ferner will Japan dem Völkerbund eine eingehende Darstellung der Finanz- und Wirtschaftslage zukommen, weil von Japan die Zusammenarbeit der Großmächte dringend gewünscht wird. Die allgemeine Stimmung ist für Japan günstig.

## Aus Stadt und Bezirk.

Überlebter Bentler in Neuenbürg tritt mit dem Ablauf des Monats August 1928 in den bleibenden Ruhestand. Das Finanzministerium hat den Verwaltungskoeffizienten Goldschmidt bei dem Postamt Neuenbürg zum Verwaltungskoeffizienten ernannt.  
Neuenbürg, 18. Mai. Die Ortsgruppe Neuenbürg des Bismarck-Schwarzwaldbundes hält morgen Samstag abend für ihre Mitglieder eine Familienfeier ab, in deren Mittelpunkt ein

interessanter Lichtbilder-Vortrag über Sommer und Winter im bayerischen Allgäu stehen wird. Das benachbarte Streichorchester der Musikschule Neuenbürg unter Herrn Direktor Müller wird durch eine geübte Vortragsgilde der Veranstaltung eine entsprechende Note verleihen. Den Abschluß des Abends bildet eine Tanz-Unterhaltung.

Neuenbürg, 18. Mai. Der Himmelfahrtstag zeigte in der Frühe ein trübes Gesicht, immerhin war das Wetter so, daß der Ausstieg der Freizeiter ohne Störung durchgerührt werden konnte. Nach halb 1 Uhr zog die Teilnehmer unter fröhlichem Spiel in das Städtchen ein. Vormittags um 11 Uhr erfreute der Kirchenvorstand Gemüthsheim, dem ein Ausflug nach Döbel und Kalkendorn unternahm, auf dem Marktplatz mit einem Lied. Nachmittags belustete sich das Wetter etwas, um gegen 1/2 Uhr Regenwetter Platz zu machen. Um diese Zeit zog die Vorhut der Heilsarmee, vom Größtel kommend, mit Musik in die Stadt ein und veranstaltete auf dem Marktplatz einen Gottesdienst mit Musik und Gesang.

Neuenbürg, 17. Mai. Die Elektro-Instalateure Max Jädel, Schwann und Daniel Kimmel, Calmbach haben die Meisterprüfung im Elektro-Instalateurhandwerk bei der Handwerkskammer Neuenbürg bestanden.  
(Wetterbericht) Ueber Holland liegt eine Depression, im Westen Hochdruck. Für Samstag und Sonntag ist immer noch zeitweiliges bedecktes, jedoch vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Gerrensb., 15. Mai. Die diesjährige Saison hat am 1. Mai begonnen und damit haben auch die regelmäßigen Ausfahrten ihren Anfang genommen, die in einem wesentlichen Wert für die gesellschaftliche Unterhaltung unserer Kurorte bilden. Die Leitung des Kurorchesters untersteht, wie schon mehrere Jahre, dem Kapellmeister Viktor Gumpel-Wien. Es erwidert sich eigentlich, näher auf diese glückliche Wahl des Kurkapellmeisters einzugehen, denn er ist uns als ganz angelegener Künstler schon seit langem bekannt. Er gibt uns die höhere Gewähr für die Güte unserer Kurmusik. Die Kapelle wird ab 15. Mai verabschiedet, um ab 1. Juni in voller Besetzung zu spielen. Die Kapelle ist des Landes voll über dieses langjährige, seine Leistungen dieser seit langen eingetragenen Kapelle und die letzten Engagements und Radiokonzerte brachten ihr große Erfolge. Mit Herrn Gumpel-Wien ist ein weiterer und bereits bekannter Künstler wiedergekehrt; sein ausgetragener Pianist, Herr Erich Otto, den wir im vorigen Jahr schätzen lernten. Als Cellist wurde Herr Max Kermesjan verpflichtet, der als Solocellist an der Schradler Oper und im Radio Wien engagiert war. Als Sängerin wird die Kapelle dieses Jahr außer dem beliebten Sonder- und Konzertsängerin auch Kammermusikabende veranstalten. Wir haben also allen Grund, uns an die diesjährigen Darbietungen unserer Kurkapelle zu freuen und ihnen reges Interesse entgegenzubringen.

### Die Stuttgarter Schwarzwalddwasserwerkverfassungspläne und die politischen Parteien.

Da die erfolgreiche Abwehr der Stuttgarter Schwarzwalddwasserwerkverfassung eine alle Parteien gleichmäßig verbindende Lebensfrage des ganzen Bezirks bedeutet, haben die Neuenbürger Bezirksorganisationen der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei in einem gleichlautenden Schreiben an ihre Landesorganisationen im Blick auf die bevorstehende Landtagswahl folgende Anfrage gerichtet:

1. Ist Ihre Partei bereit, im kommenden Landtag sich gegen eine Konzeptionserteilung betr. das Stuttgarter Schwarzwalddwasserwerkverfassungsprojekt auszusprechen?

2. Ist Ihre Partei bereit, im kommenden Landtag alles zu unterstützen, was darauf abzielt, daß Stuttgart seinen Wassererzeugungsbedarf anderweitig eindeckt?

Die daraufhin eingegangenen Antworten der Landesorganisationen lauten:

Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei):  
In 1. Unsere Partei ist bereit, im kommenden Landtag sich gegen jede Schädigung der Bismarck-Türme und seiner Umgebung auszusprechen.

In 2. bejahen wir uns auf die bekannten Anträge unseres Landtagsabg. Dr. Hölcher, die vom Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß des Landtags einstimmig angenommen wurden, sowie auf die Resolutionen unserer Landtagsabgeordneten Dr. Schott und Dr. Weber, die sich in öffentlichen Versammlungen in Wildbad in gleichem Sinne ausgesprochen haben.

Deutsche Volkspartei (Nationalliberale Partei):  
Wir sind bereit, im kommenden Landtag alles zu unterstützen, was darauf abzielt, daß Stuttgart seinen Wasserbedarf nicht im Enztal deckt und daß wir uns dabei gegen das Stuttgarter Schwarzwalddwasserwerkverfassungsprojekt aussprechen werden.

Zentrumspartei:  
Wir nehmen gegenüber Anfragen von Organisationen, wie sie jetzt zahlreich wegen Einzelfragen an die politischen Parteien gestellt werden, allgemein den Standpunkt ein, daß ein Eingehen auf Einzelheiten abgesehen werden muß und die Verantwortung der politischen Entscheidung gebührt wird. Die dem Grundgedanken entsprechend kann auch eine Festlegung auf die vorgetragenen Punkte, von denen mit Interesse Kenntnis genommen wurde, nicht mitgeteilt werden.

Deutsche Demokratische Partei:  
Wir können die Bevölkerung des Bezirks Neuenbürg bejahen. Die Deutsche Demokratische Partei wird niemals einem Wasserwerkverfassungsprojekt zustimmen und wird ihren Einfluß in dieser Richtung sowohl auf die Landtagsfraktion, als auf die Stuttgarter Kurkapellfraktion geltend zu machen wissen, das die Themen von Wildbad letztendlich gelöst werden können. Dies ist für uns ganz selbstverständlich. Wir verweisen in dieser Beziehung auf den im Landtag auch mit Unterstützung unserer Partei angenommenen Antrag Hölcher. Weiter ist für uns selbstverständlich, daß auch die Interessen der übrigen Bezirksbewohner nicht irgendwie



durch eine Wasserleitung für Stuttgart gekündigt werden dürfen. Die Deutsche Demokratische Partei erklärt sich bereit, alles zu unterstützen, was darauf abzielt, daß Stuttgart seinen Wasser-Ergänzungsbedarf anderweitig deckt. Der Landtagsabgeordnete Mauthe ist es insbesondere, der immer wieder in Wort und Schrift die Stuttgarter Stadtverwaltung darauf hinweist, ihren Wasserbedarf aus dem Bodensee zu nehmen. Der Plan der Bodenseewasserleitung scheint in den maßgebenden Kreisen der Stadtverwaltung immer mehr an Boden zu gewinnen.

**Sozialdemokratische Partei:**  
Der Landtag hat am 7. April d. J. folgenden Antrag angenommen: 1. Die Eingaben der Kammerabteilung Rheinland vom 7. September 1925 und 12. Juni 1926, der Stadtgemeinde Widdach vom 10. September 1926 und des Stadtkreisbeirats Widdach vom 16. Oktober 1926 dem Staatsministerium zur Erzeugung zu übergeben. 2. Das Staatsministerium zu erlauben, jede Gefährdung der Dammellen von Widdach und Kleinsell gemäß Art. 1 des Wasserrechts zu verhüten. 3. Das Staatsministerium zu erlauben, die künftige Wasserleitung Stuttgart zu erlauben, die künftige Wasserleitung Stuttgart entsprechend zu fördern. Diesen Antrag hat auch die Sozialdemokratische Landtagsfraktion angenommen. Damit dürfte die gestellten Anträge ihre Erledigung gefunden haben. Dies den Wählern und Wählerinnen zur Kenntnis.

### Was du auch dabei?

Am 7. Dezember 1921 waren rund 36 Millionen Deutsche wahlberechtigt. Davon gingen rund 2,5 Millionen zur Urne. Von ihnen stimmten 600 000 Wähler für Sozialisten. Da diese Gruppen und Gruppen kein einziges Mandat im Reich erhielten, bekamen sie auch keinen Sitz am Reichstage. Ihre Stimmen fielen sämtlich unter den Tisch.

7 184 000 Wähler und Wählerinnen gingen am 7. Dezember 1924 nicht zur Wahl. Insgesamt sind also 8 136 000 Wähler, zumeist Bürgerliche, gar nicht oder zweifelsfrei zur Wahl gegangen. Etwa 200 000 haben auch noch ungelöste Forderungen. Wie ist es diesen Leuten so gut, daß sie keine Urkunde hatten, einen Einfluß auf die Wahlen auszuüben? Oder haben sie kein Verständnis für die Lage des deutschen Volkes?

### Württemberg.

**Vom Schmarwatz, 16. Mai.** (Vom Naerbach.) Im Schmarwatz liegt jetzt in den frühesten Morgenstunden der Naerbach, der höchste aus dem Gebirge der Tertiären oder Quaternären, seinen westlichen Ausläufer, beginnend mit dem „Knappen“, einem schwachen und in längeren Zwischenräumen wiederholten Doppelstamm, dem Knochen eines Gewerksamens vergleichbar, der schließlich in einen verbleibenden Triller übergeht und im „Dampfschlag“ endet mit einem lauten, dumpf schwingenden Ton, dem Geräusch eines springenden Champagnertröpfchens ähnlich, woran ein leiseres, zischend-zischendes Stimmchen folgt, das wie das Wehen einer Seife klingt und Schellen genannt wird. Letzteres ist kein Verhängnis. Beim Schellen ist der sonst so scharfe Vogel völlig taub und blind. Dieser Vogel, der nur einige Sekunden dauert, benützt der Jäger, springt an und fendet dem Ansehenden das Todesurteil ins Herz. Die Naerbachjagd ist für den Jäger die subtilste und verantwortliche aller Jagden.

**11. Mai.** (Ein schlimmes Zeichen der Zeit.) In der zweiten Tagung des Schwurgerichts am 11. Mai haben 6 Personen zur Verhandlung, davon sind 7 wegen Mordes angeklagt. Es ist ein schlimmes Zeichen unserer Zeit, daß es die Leute mit der Schwere so leicht nehmen. Auch die letzte Schwurgerichtsperiode hatte zu 1/2 der Verhandlungen Mordverbrechen auf der Tagesordnung.

**Sossem, 16. Mai.** (Hebber Streich.) Am letzten Sonntag brachte ein Friedrichsdorfer Kraftwagenfahrer einen Postkasten nach hier, der bei Bergmanns Besuch machte. Der Wagen blieb vor einer kleinen Wirtshaus stehen. Als man nachts 12 Uhr wieder zurückfahren wollte, war der Wagen verschwunden. Man glaubte zunächst an einen Diebstahl; schließlich aber fand man den Wagen in einem anderen Stadtteil wieder, wobei er von jungen Burken gestohlen worden war.

**Jungfrauen, 14. Dezember, 17. Mai.** (Zusammenstoß von Jägern und Landjägern.) Am Dienstag kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen einem Jäger und einem Landjäger. Der Jäger, ein Mann, einige Frauen und Kinder, hatten hier gejagt. Nach der Kontrolle der Papiere, die sich nicht als ausreichend erwiesen, legte der Landjäger dem Mann Handschellen an. Darauf verließ dieser dem Jäger die Hände und schlugen mit allerhand Gegenständen auf den Jäger ein. So daß dieser blutend gehen mußte. Es gab ein tolles Durcheinander, bis endlich die wüthende Gesellschaft samt ihren auf Wagen verpackten Dingen, Lichtern unter Bedeckung von Oberlandjäger Weber, dem Landjäger von Gersheim und dem Polizeibeamten von Söndherten nach Heidenheim transportiert wurden.

### Baden.

**Freiburg, 15. Mai.** Die Anklage gegen den Landwirt Wilhelm Hölzberger in Windenreute, der der schätzlichen Lösung und der Nichtablieferung von Munition beschuldigt ist, muß für alle Volksteile eine Warnung sein. Explosivstoffe jeder Art in sichere polizeiliche Verwahrung zu geben. Auf dem Anwesen des Hölzberger lagen, vermischt mit Eisenfällern, 7 oder 8 Sprengkapseln umher, die während des Krieges zur Verschärfung der Handgranaten benützt wurden. Der 13jährige Schwager Wilhelm Herr, der zeitweilig bei Hölzberger leichte Arbeiten verrichtete, sah an einem Sonntag eine solche Kapsel auf, hoberte mit einem Nagel daran herum — ein Knack und die explodierende Sprengpatrone zerfetzte dem Anaben die Hände. Ein Arm mußte ihm abgenommen werden; am 5. Aug. des Vorjahres starb er dann an Wundstarrkrampf. Der Angeklagte vermutet, daß die Sprengkapseln von Soldaten zurückgelassen worden sind, die 1918 auf seinem Hof einquartiert waren. Er gab an, er habe von dem Vorhandensein der gefährlichen Dinger keine Kenntnis gehabt. Von Jungen wird angeklagt, Hölzberger sei darüber unterrichtet gewesen. Dem Antrag des Verteidigers, gegen den Angeklagten nur eine mäßige Geldstrafe auszusprechen, kam das Schöffengericht nicht nach, sondern verurteilte ihn wegen schätzlicher Lösung und Nichtablieferung von Munition zu 3 Monaten 2 Wochen Gefängnis.

**St. Georgen, 15. Mai.** Die Irene seines Bundes dürfte hier Altpolizeibeamter Reisinger erfahren. Er war abends in der Dunkelheit über eine Mauer mehrere Meter tief in einen Hofraum gestürzt, und konnte sich, da er 2 Rippen gebrochen hatte, nicht mehr erheben. Sein Hund hielt die ganze Nacht über bei ihm aus und als im Morgenrauschen die ersten Hosenknöpfe kamen, machte er sich durch sein Bellen und sein sonderbares Verhalten auf seinen berunglückten Herrn aufmerksam, so daß dann dieser ins Krankenhaus gebracht werden konnte.

### Bermischtes.

**Koch und Wagen im Rhein.** Mittwoch abend 1.30 Uhr geriet ein Fuhrwerk von Leimersheim (Pfalz) auf der Deinsfurt bei der Anfahrt auf die Fähre an abschüssiger Stelle neben die Fähre. Das Pferd konnte den Wagen, der mit Eisen beladen war, nicht mehr aufhalten und Pferd und Wagen verschwanden im Rhein. Das Pferd konnte erst morgens tot geborgen werden, während der Wagen noch im Rhein liegt. Der Fuhrmann kam mit dem Schrecken davon.

**Ueberfall im Flugzeug.** Ein Flugzeugabsturz, der sich in Pontiac in Michigan ereignete, dürfte ein gefährliches Rückschlag haben. Der Passagier des abgestürzten Flugzeuges, der ebenso wie der Pilot Verletzungen erlitten hat, die nicht lebensgefährlich sind, wurde verhaftet, weil er während des Fluges den Piloten mit einem Hammer angriff und dadurch das Unglück verursachte. Es scheint sich um einen Geistesgestörten zu handeln. In seiner Tasche wurde ein Abschiedsbrief an eine Bekannte gefunden.

**Kas der Fremdenlegation entkommen.** Acht Deserteure aus der französischen Fremdenlegation, sämtlich Deutsche, sind am Montag in Namour eingetroffen. Zwei waren als blinde Passagiere in einem Schiff von Tunis gekommen, die anderen 6 als zahlende Passagiere an Bord eines Schiffes aus Paramaribo in Niederländisch Guyana. Es sind Maßnahmen getroffen, sie an Bord eines Dampfers beimzufinden, der keinen französischen Hafen anläuft.

**Ein Pilgerzettel im verfahrenen GOLF gefunken.** Nach einer Meldung aus Teheran ist ein Segelschiff mit 72 männlichen und weiblichen Passagieren an Bord am Montag abend im verfahrenen Golf infolge eines Zusammenstoßes mit einem Dampfer gesunken. Von den Passagieren und der Mannschaft des Segelschiffes wurden nur 4 Personen gerettet.

### Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

**Feiernach, 15. Mai.** Dem heutigen Markt wurden zugeführt: 47 Stück Rinde und Kalbinnen, 17 Stück Kinder, 5 Stück Lämmer und Stiere, 5 Stück Kälber. Der Handel war flau; Preise ziemlich hoch.

### Neueste Nachrichten.

**Dresden, 17. Mai.** Heute nachmittags 3 Uhr ist nördlich der Eisenbahnstrecke zwischen Dresden und Leipzig ein Personenzug in das Rügelland gestürzt. Es sollen etwa 12 Personen verletzt worden sein. Ein Bismarckzug der Fernverkehrs-2. Klasse und ein Polizeizug sind zur Hilfestellung an die Unfallstelle entsandt worden. Räuber Einzelheiten fehlen noch.

**Dresden, 17. Mai.** Der schon seit längerer Zeit fränkische frühere Reichsjustizminister und Reichstagsabgeordnete Dr. Deitge ist in der vergangenen Nacht in seiner Wohnung auf dem Weiden Hirsch bei Dresden einem Herzschlag erlegen. Dr. Deitge hatte sich noch bis vor 2 Tagen lebhaft am Wahlkampf beteiligt, stürzte sich aber dann in den letzten 2 Tagen um und war zu Hause verblieben.

**Berlin, 17. Mai.** Der polnische Minister des Auswärtigen, Dr. Gosciniak, hat, wie der „Tag“ meldet, gegen den sozialistischen Abgeordneten Deitmann Strafanzeige wegen Meineides bezogen. Nachdem bei der Staatsanwaltschaft erhoben, weil Deitmanns beidseitige Aussage, er sei im Jahre 1922 über die Reichsverhältnisse und die Lage des Vormaligen Reiches nicht unterrichtet gewesen, der Wahrheit nicht entspreche.

**Berlin, 17. Mai.** Der Finanzminister Stresemann, der gestern mittags mit dem Reichstag in Dresden kurz nach dem Start im Tempelhof in einem Landensland wegen Motordefekts notlanden mußte und dabei einen Schädelbruch erlitt, ist gestern in seiner Wohnstube seinen Verletzungen erlegen.

**Schwern, 18. Mai.** Gestern ereignete sich auf dem Schwerner See ein Bootsunfall. Infolge des starken böigen Windes heuerte ein mit fünf jungen Leuten besetztes Segelboot. Zwei von ihnen gelang es noch, sich an dem Boot festzuhalten, während zwei schwimmend das Ufer erreichen konnten. Der 16 Jahre alte Minderjährige kam bei dem Unfall in den Bäumen und ertrank.

**Leipzig, 18. Mai.** In der neuen Anlage der Deutschen Zellulosefabrik sind zwei große Kessel, in dem Maße gerichtet worden, in die Luft. Dabei wurden sechs Personen schwer verletzt. Zwei der Verletzten, ein Mann und die Arbeiter Souermann, sind bereits gestorben.

**Konstanz, 17. Mai.** Professor Friedrich Pfeiffer von der Columbia-Universität gab die von ihm angestellte Umfrage an 11 führende Pädagogen, Pädagogen, Gelehrte und Geschäftsleute bekannt. Sie ergab Einmütigkeit im Hinblick des deutschen Sprachunterrichts in den Lehrplänen der Hochschulen des Landes.

**Detroit, 17. Mai.** Der Bürgermeister stellte die „Bremen“-Flieger, die heute vormittags 10 1/2 Uhr hier landeten, der Mutter Lindbergh vor. Nach der Parade führen die „Bremen“-Flieger zur Columbia-Exposition, wo sie von Tausenden von Schülern begeistert begrüßt wurden. Edith Ford, die Vorsitzende des Nationalen Empfangsausschusses lag mit einem Flugzeuggehirn unter Führung Eddie Stinsons, der das berühmte Flugzeug „Bride of Detroit“ fliegt, den „Bremen“-Fliegern bis auf 50 Meilen entgegen.

### Reichsminister a. D. Dr. Koch-Weser in Stuttgart.

**Stuttgart, 17. Mai.** Die Deutsche Demokratische Partei Württembergs hatte am Mittwoch abend in einer großen Kundgebung in den Kongressaal der Lederhalle eingeladen. Dieser Kundgebung waren sehr viele Parteimitglieder und Freunde der Partei gefolgt. Auch andere Wähler hatten sich, wie man aus den Zwischenrufen da und dort entnehmen konnte, eingestellt, und es war gut so. Denn der Reichsvorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Dr. Koch-Weser und Frau Ely Deutschmann haben in groß angelegten Reden der aufmerksam lauschenden Versammlung dargelegt, um was es in diesem Wahlkampf geht. Die Zwischenrufe, größtenteils zustimmende, zum Teil auch fragender Art, die aus den Reihen der Versammlung kamen, beleuchten die Ausführungen in höchstem Maße und die Redner überließen diesen Fragen nie eine Antwort schuldig. Besonders Koch-Weser hat in außerordentlich schlagfertiger Weise immer und immer wieder solche Fragen zu beantworten gesucht, so daß der Verlauf des Abends bei allen den Eindruck hinterließ, daß der demokratische Parteiführer wirklich ein Führer des deutschen Volkes ist, ein Führer, der klar und selbstbewußt eine große deutsche Staatspolitik betreibt und alle die taufend kleinen Fragen des Wählers kennt und in den Rahmen seiner Politik einzuordnen versteht. Jedenfalls hinterließ die Rede Koch-Wesers einen ungewöhnlichen Eindruck bei den Wählern und das Bewußtsein, daß hier eine Persönlichkeit am Werke ist, die die Not des deutschen Volkes kennt und die entschlossen ist, einen klaren Weg, der die vertriebenen Seiten des deutschen politischen Lebens in eine einheitliche Linie und Richtung zusammenführt, zu geben. Auch die Rede von Frau Ely Deutschmann, der Gattin des bekannten württembergischen Reichstagsabgeordneten Dr. Theodor Deutsch, die vor allem die Beziehungen der Frauen zur Politik ins rechte Licht rückte, fand großen Anklang.

### Auto-Katastrophen.

**Marburg, 17. Mai.** Als heute morgen der Arbeiterturnverein von Treis bei Weichen einen Dimmelsfortausflug mit 2 großen Autos unternahm, geriet an einer abschüssigen Stelle der eine Omnibus in der Nähe von Marburg ins Klaffen, fuhr in den Straßengraben, überlag sich und begrub die 30 Insassen unter sich. Drei Personen wurden schwer verletzt, von denen 2 in Lebensgefahr schweben. 23 andere Personen kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Schwerverletzte wurde in die Wiesener Klinik übergeführt.

**Dresden, 17. Mai.** Bei dem Autobusunglück im Rügelland handelt es sich um einen von einem hiesigen Angestellten einer Kundfahrt durch das Erzgebirge gemieteten Sonderwagen der Städtischen Straßenbahn. Da auf der hell abschüssigen Straße bei Rügelland die Bremse versagte, lenkte der Fahrer das Auto gegen die Straßeneinfahrt. Durch den heftigen Knall stürzte der Omnibus um und fiel in das Rügelland. In dem durch den Zusammenstoß der umliegenden Ortschaften in der Johanniterklosteranlage in Deuben geschafften wurden. Die Verletzten konnten bis auf 6 nach Anlegung von Rettungsbändern wieder entlassen werden.

### Uebertritt des Reichsbundes zur SPD.

**Berlin, 18. Mai.** Der „Vorwärts“ meldet aus Zahl (Dresden): Die Kreisversammlung des Reichsbundes (Landesverbanden), auf der sämtliche 30 Ortsgruppen des Reichsbundes waren, beschloß den Uebertritt zur SPD.

### 677 Wahlvorschläge, 628 Bewerber.

**Berlin, 17. Mai.** Nach Feststellungen des Reichswahlleiters sind zu den kommenden Reichstagswahlen insgesamt 677 Reichswahlvorschläge und 31 Reichswahlvorschläge, insgesamt 708 Wahlvorschläge zugelassen, gegenwärtig 488 Reichswahlvorschläge und 22 Reichswahlvorschläge — 507 Wahlvorschläge insgesamt bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924. Die Zahl der Wahlvorschläge ist mithin um fast ein Drittel geringer. Die Zahl der Bewerber beträgt auf den Reichswahlvorschlägen 572 (524 männliche und 48 weibliche Bewerber), auf den Reichswahlvorschlägen 531 (487 männliche und 44 weibliche Bewerber); insgesamt 1103 (1011 männliche und 92 weibliche Bewerber). Die Zahl der Bewerber insgesamt ist mithin um 162 (= 19 v. H.), die der männlichen Bewerber um 14 (= 11 v. H.) geringer, hingegen die Zahl der weiblichen Bewerber um 22 (= 4,7 v. H.) zurückgegangen.

### Der preussische Antrag im Reichstag.

**Berlin, 17. Mai.** Der Reichstag trat Mittwoch mittags um 1 Uhr in einer Volltagung zusammen, um über den Antrag Preussens zu beraten, den 11. August zum Nationalfeiertag einzuleiten. Die preussische Regierung hat die Länder Sachsen, Hessen, Brandenburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Kurland, Lippe, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe angezogen. Der preussische Minister, Ministerpräsident Dr. Brüning, beantwortete eine Beratung des Reiches in der nächsten Sitzung des Reichstages. Dagegen wandte sich Bayern und Württemberg, welches sich sehr energisch für die Herabsetzung an den Ausblick einsetzte. Für Preußen erklärte sich Staatssekretär Weismann mit der Ausnahmevereinbarung einverstanden, wenn Bayern erklärt, daß eine Fortsetzung des Ausschusses nicht in Frage kommen soll. Daraufhin erwiderte Bayern: Staatsrat Kuhn, er habe noch keine Entscheidung gefällt, wolle aber doch den Einwand erheben, daß nach der Reichsordnung Vorlagen von weitgehender Bedeutung frühestens im Wochen nach ihrem Erscheinen auf die Tagesordnung gesetzt werden können. In dem Hin und Her der folgenden Stunden ordnungslos wurde gleichsam zwischen den Reihen abgemacht, daß Preußen darum so großen Wert auf die schnelle Beratung des Gesetzes legt, weil die Entscheidung bei der Regierungsbildung in der nächsten Woche verzerrt werden soll. Der Antragsteller hat sich der Vorrede, Staatssekretär Kuhn, unmittelbar über den preussischen Antrag abstimmen, dessen Annahme oder Ablehnung gleichzeitig auch über den deutschen Antrag entscheiden mußte. Für den preussischen Antrag war eine Zweidrittelmehrheit nötig, die auch erreicht wurde. Nach der Stimmenzählung, Württemberg, Oldenburg, Thüringen und der Provinz Brandenburg und unter Zustimmung Preussens wurde der Antrag angenommen. Daraufhin am Dienstag der ständige Ausschuss des Reichstages über den Antrag beraten und die Vollversammlung des Reichstages am Donnerstag sich endgültig entscheiden. Die weitere Behandlung der Frage wird so verlaufen, daß der Reichstag den Antrag, der wohl angenommen werden dürfte, als Joint-Resolution dem künftigen Reichskabinett vorlegt, das dann das Gesetz an den Reichstag weiterleitet. Man kann also fast behaupten, daß im neuen Reichstag auf bestmögliche innerpolitische Arbeit gesetzt werden.

### Former Langlopp erhält keine Entschädigung.

Der Farmer Langlopp, der wegen des Altersatzes mit dem Kassenkassierer auf den Reichstagswahlen als Reichstagskandidat, nach, in Unterhändlerhaft lag, hatte von dem Reichsentschädigungsausschuss eine höhere Entschädigung für die Verluste gefordert, die er als Farmer in Ostpreußen erlitten hatte. Langlopp hat er um Anerkennung dieser Entschädigung gebittet, damit sie dem Justizministerium abgerechnet werden und die Sicherheit für eine etwaige Haftentlassung dienen könnte. Der Reichsentschädigungsausschuss hat ihm 11. „Noch“ nicht, daß ihm irgendeine Entschädigungsumme nicht mehr zusteht. Das Amt beruht sich auf das Kriegsgerichtsverfahren, daß dem eine Entschädigung dann nicht verlangt werden kann, wenn sie mit anderen Mitteln, insbesondere durch Zahlung oder Spargel erhalten wurde. Gegen den Ablehnungsausschuss des Reichsentschädigungsausschusses hat Langlopp Beschwerde bei dem Reichsentschädigungsausschuss eingereicht, daß die Beschlüsse des Reichsentschädigungsausschusses vom 1. April 1925 auf die Tat Langlopps nicht Anwendung finden könnten, da das Urteil auf Dr. Koch bereits am 2. März passiert ist.

### Schwere Wahlversammlung.

**Darmstadt, 17. Mai.** Heute abend ist es in Darmstadt zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Angehörigen des Reichsbundes und Kommunisten gekommen. Eine große Reichsbundversammlung befand sich in einem Restaurant „Am Reichenseller“ in der Bogelweide, als nach 11 Uhr mehrere Propagandawagen der SPD in diese Straße einbogen. Am Morgen entstand eine wilde Schererei, die eine Reihe Opfer forderte. Der im Lokal stehende Heinrich Liebmann wurde durch Kopfschuß getötet. Mehrere andere Personen, sowohl Männer als Frauen, wurden gleichfalls durch Schüsse schwer verletzt. Bei dem Tumult wurden auch die Fenster Scheiben des Lokals zertrümmert. Die Kriminalpolizei ist sichtlich bemüht, den genannten Sachverhalt festzustellen. Mannschaften der Schutzpolizei werden die Nacht über in Bereitschaft gehalten.

Der heutige Auflage liegt je ein Wahltagblatt des Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei (Nationalliberale Partei) und des Württ. Bauern und Weingärtnerbundes bei, worauf wir hiermit hinweisen.

**Wiesfeld — Salomaner Kornweibchen.** Der A.C. Wiesfeld hatte gestern die an 2. Stelle im Kreis Altsiedler lebende Kreisligamannschaft „Salomaner Kornweibchen“ zu Gast. Nach sehr schönem und abwechslungsreichem Kampf blieb die technisch bessere Kreisligamannschaft Wiesfeld mit 6:1 Siegerin. Die Spiele der 2. und 3. Mannschaften beider Vereine gingen dem Treffen voraus; Wiesfelds 2. gewann 5:0, die 3. 4:1.

**Schuh-Weigel**  
das Spezialhaus für Reform- und orth. Fuß-Bekleidung  
Corsons - Stefan - Medikus  
Schuh und Stiefel  
ärztlich empfohlen.  
Sonder-Abteilung für neuzeitliche Fußpflege (Massage).  
Pforzheim,  
Deinlingstraße-Waldenhausplatz.

**Die schönsten Kleider zu billigsten Preisen**  
bei  
**KRÜGER & WOLFF, Pforzheim**



# Dein Kreuz

## Landtagswahl. Wahlbezirk Neuenbürg.

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Oster — Bäuerle — Weik — Sperka — Störr — Brenner	1	○
2	Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei) Roos — Keppler — Weiß — Allinger — Pfan — Mohler	2	+
3	Württembergische Zentrumspartei Dr. Bolz — Scheffold — Groß — Andre	3	○

**dorthin!**



**Liste 2  
Deutschnational.**

**Alte und junge  
Wähler und  
Wählerinnen!**

Seid Euch Eurer Verantwortung für Reich und Land vor Eurem Gewissen und Euren Kindern bewusst! Wenn Ihr nicht zur Wahl geht, habt Ihr die Linksgovernment. Daher heißt es handeln! recht handeln, recht wählen, d. h. rechts wählen. Deshalb wählt für Reichstag und Landtag die Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei)! Wählt Liste 2!

Wer für Einheit ist im Volk und für Freiheit ist im Staat beweist es durch die Tat.  
Er wählt am 20. Mai  
**Deutsch Demokratische Partei**  
**Liste 6.**

**Kommunistische Partei.**  
Morgen Samstag den 19. Mai 1928, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus z. „Döfen“ in Neuenbürg eine **öffentl. Wähler-Versammlung** statt. Landtagsabgeordneter Schnek-Stuttgart spricht über die kommenden Reichs- und Landtagswahlen, wozu alte und junge Männer und Frauen eingeladen sind.  
Der Bezirksauschuß.

Birkenfeld den 18. Mai 1928.  
**Todes-Anzeige.**  
Allen Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Schwägerin und Tante  
**Marie Wessinger, Stäfers Witw.,**  
im Alter von 74 Jahren nach längerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Beerdigung findet am Freitag nachm. 6 Uhr statt.

Calmbach, 17. Mai 1928.  
**Todes-Anzeige.**  
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben unvergeßlichen Sohn, unseren lieben Bruder, Schwager und Onkel  
**Friedrich Essig,**  
Meister bei der Firma Heller & Seim in Höfen, im Alter von 33 Jahren nach schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden, zu sich in die ewige Heimat zu nehmen.  
In tiefer Trauer:  
Im Namen aller Hinterbliebenen:  
Die Mutter: **Wilhelmine Essig, Witw.**  
Beerdigung Samstag nachmittag 4 Uhr.

Oberlengenhardt, 16. Mai 1928.  
**Todes-Anzeige.**  
Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater  
**Michael Stahl, alt Schultheiß,**  
im Alter von über 90 Jahren heute mittag 1 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.  
Um stille Teilnahme bitten  
die trauernden Hinterbliebenen.  
Beerdigung Samstag, 19. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Württ. Forstamt Neuenbürg.  
**Beigeholz-Verkauf.**  
Am Freitag den 25. Mai 1928, vorm. 10 Uhr, in Neuenbürg im Rathaus Am. Gl.:  
2 Rugh. Anbr. II. 1,20 m lg., 2 dto. I m lg., 9 Anbr. Buchen: 5 Spälter, 32 Schtr., 75 Brgl., 51 Klogh., 44 Anbr., 3 Birk. Anbr., 10 Birk. 4 Spälter, 7 Schtr., 43 Brgl., 569 Anbr. Losverzeichnis durch die Forstdirektion G. J. D. Stuttgart.

Neuenbürg.  
Heute  
  
**Megelsynpe**  
im Gasthaus z. Adler.

Birkenfeld.  
Zu verkaufen  
**Häsinnen**  
mit einigen Wochen alten Jungen.  
Zu erfragen in der Agentur ds. Pl.

**Bezirks-Arbeitsamt  
Neuenbürg.**  
Telefon Nr. 53.  
Wir suchen  
für sofort einige Eisen- und Werkzeugdreher, einen verh. Oberfäger (Wohnung vorhanden), 60 gelübte Näherinnen für Maschinen mit Kraftantrieb, zehn gewandte Heimarbeiterinnen für leichte Näharbeiten, eine Anzahl Haus- und Küchenmädchen für Privathaushalt, Wirtschafterinnen und Pensionen.

**300 400 Mark**  
mit 12 Prozent Verzinsung, gegen Sicherheit auf ein Jahr gesucht. Zurückzahlung von 100 10 Mark mehr.  
Angebote unter No. 12 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.  
Gute  
**Ziege,**  
neumelkig, verkauft  
**Albert Ehmann,**  
bei d. Sonne.

**Einladung!**  
Sämtliche 1903 Geborenen vom Kirchspiel Döbel, Neusah, Rotensol und Umgebung sind auf Sonntag den 20. Mai zur  
**25er-Feier**  
in das Gasthaus zum „Röble“ in Rotensol freundlichst eingeladen.  
Mehrere 25er.

Arnbach-Schwann.  
**Hochzeits-Einladung.**  
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am  
Sonntag den 20. Mai 1928  
stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**  
in das Gasthaus zum „Döfen“ in Arnbach freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.  
**Friedrich Lutz,**  
Sohn des Karl Lutz, Graveurs in Arnbach.  
**Nicole Kirchherr,**  
Tochter des Friedr. Kirchherr, Landwirts in Schwann.  
Kirchgang 1/11 Uhr in Schwann.

Die Wohlfahrt aller arbeitenden Menschen in Stadt und Land sind die Zielpunkte unserer Politik, sagte Friedr. Kaumann.  
**Wählt Deutsche Demokratische Partei**  
**Liste 6.**

Birkenfeld.  
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, Schulkameraden und Schulfreundinnen zu unserer am  
Samstag den 19. Mai 1928  
stattfindenden  
**Trauung**  
freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.  
**Erwin Heim,** **Sophie Bäßner,**  
Birkenfeld. Birkenfeld.  
Kirchgang 12 Uhr in Birkenfeld.

Birkenfeld-Dillstein.  
**Hochzeits-Einladung.**  
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, Schulfreunde und Schulfreundinnen zu unserer am  
Sonntag den 20. Mai 1928  
stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**  
in das Gasthaus z. Adler in Birkenfeld freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.  
**Eugen Großmann,** **Elise Stiegele,**  
Birkenfeld. Dillstein.  
Kirchgang 1/12 Uhr in Birkenfeld.

Pforzheim-Brödingen-Birkenfeld.  
**Hochzeits-Einladung.**  
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, Schulfreunde und Schulfreundinnen zu unserer am  
Sonntag den 20. Mai 1928  
stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**  
in das Gasthaus z. „Löwen“ in Birkenfeld freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.  
**Friedrich Klett,** **Berta Ig,**  
Pforzheim-Brödingen. Birkenfeld.  
Kirchgang 11 Uhr in Birkenfeld.



## Reichstagswahl Wahlkreis Württemberg

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Reil — Hildenbrand — Rohmann — Schilde	1	○
2	Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei) Dr. Bazile — Siller — Dr. Höllcher — Dr. Wöber	2	○
3	Württembergisch-hohenzollerische Zentrumspartei Dr. Volz — Andre — Zeilmann — Groß	3	○
4	Deutsche Volkspartei Vides — Reinath — Groß — Kende	4	○
5	Kommunistische Partei Zetkin, Klara — Hienke — Köhler — Binder	5	○
6	Deutsche Demokratische Partei Dr. Wieland — Dr. Heuß — Senne — Lepmann, Fella	6	○
9	F. V. Partei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) Franz — Senner — Röhle — Heim	9	○
10	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) Kergenthafer — Wagner — Dreher — Göls	10	○
11	Deutsche Bauernpartei Dilling	11	○
12	Christlich-Nationaler Bund Eppinger — Brägel — Dr. de Wit — von Siegelar	12	○
14	Senen- und Melangürtnerbund Logt — Dingler — Haag — von Stauffenberg	14	○
16	Vollrecht-Partei (Reichspartei für Volkrecht und Umwertung) Bausler — Spindler — Fackler — Pöchner	16	○
17	Christlich-Sozialer Reichspartei Kosloski — Sieber — Christaller — Kneißler	17	○
18	Deutsche Haus- und Grundbesitzer-Partei Müller — Götz	18	○
19	Evangelische Volksgemeinschaft (Evangelische Partei Deutschlands) Veller — Zitelbach — Prosser — Weidner	19	○
20	Alle Sozialdemokratische Partei Deutschlands Winnig — Kießig — Drexel — Heldt	20	○

### In den Wähler!

- Der vorstehende Stimmzettel ist der Stimmzettel für die Reichstagswahl. Der Stimmzettel für die Landtagswahl ist in den einzelnen Oberämtern festgesetzt und bekanntgegeben worden.
- Du erhältst am Wahltag (20. Mai) beim Betreten des Wahlraums den amtlichen Stimmzettel und den amtlichen Wahlumschlag für die Reichstagswahl, sowie den amtlichen Stimmzettel und den amtlichen Wahlumschlag für die Landtagswahl.
- Du begibst Dich dann in den Nebenraum (Wahlwerkraum) und setzt mit Bleistift oder Linse auf jedem Stimmzettel ein Kreuz (+) in den Kreis rechts neben dem Wahlvorschlag, dem Du Deine Stimme geben willst. Auf jedem Stimmzettel steht dann der betreffende Kreis so aus:



- Bege im Nebenraum (Wahlwerkraum) jeden angekreuzten Stimmzettel in den zugehörigen Wahlumschlag.
- Reihe: Der Stimmzettel mit dem Ausdruck „Reichstagswahl“ gehört in den Wahlumschlag mit dem Ausdruck „Reichstag“. Der Stimmzettel mit dem Ausdruck „Landtagswahl“ gehört in den Wahlumschlag mit dem Ausdruck „Landtag“. Achte Dich vor Verwechslungen!
- Übergebe ab dann die beiden Wahlumschläge mit den angekreuzten Stimmzetteln dem Wahlvorsteher unter Nennung Deines Namens.

- Gehbe zeitig zum Wählen und nimm vorsorglich einen Bleistift mit.
- Jeder Wahlberechtigte soll wählen.

### Lokales.

**Birkenfeld, 14. Mai.** Die letzten Sonntag im Hotel zum Schwarzwaldbrunn hier stattgefundenen Frühlingsversammlungen des Bezirksbienenzuchtvereins Reutenburg erfreute sich eines guten Besuchs. Vereinsvorstand Oberlehrer Frey eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden. Insbesondere begrüßte er den Landesvereinsvorstand Lupp aus Weinsberg, sowie die Bezirksvereinsvorstände Frank aus Forstheim und Wolf aus Nagold, gab hierauf einen umfassenden Rückblick über das abgelaufene Jahr, das besonders ein überaus schlechtes Bienenjahr war und erteilte praktische Ratschläge über die wichtigsten Arbeiten im Bienenstand und in der jetzigen Jahreszeit. Hierauf kam er auf die ungünstigen Verhältnisse zu sprechen, in der sich die Bienenzucht jetzt befindet. Die Verringerung der Bienenwelde, die Mispelreife, die mangelnde Staatshilfe, die Zunahme der Bienenkrankheiten usw. entließen einem die Bienenzucht. Die veränderten Trachtverhältnisse bringen es mit sich, daß die Bienenzucht heute anders eingestellt sein muß als früher. Jetzt gibt es in der Hauptsache bei uns nur noch zwei durch lange Trachtpausen unterbrochene Trachten, von deren Ausdehnung der Honigertrag abhängig ist. Der Imker muß diese Trachtverhältnisse studieren, d. h. Beginn und Ende der Blütezeit aller für ihn in Betracht kommenden Pflanzen durch kalendermäßige Aufzeichnungen merken. Daraus geht hervor, daß der heutige Imker nicht mehr wie zu Großvaters Zeiten, wo es an allen Ecken und Enden honigte, in fernem dort. Wir brauchen heute denkende Imker, d. h. solche, die durch Theorie und Praxis sich die nötigen Kenntnisse erworben haben, um ihren Betrieb den Verhältnissen entsprechend anzupassen. Vordringlich zur Erlangung dieses Ziels bilden die vom Landesverein veranstalteten Bienenkursfahrten. Denn der Unterstützung der Amtsvorstände konnte der Bienenzuchtverein einen solchen Kurs ins Leben rufen, der vom 2.-3. Mai in Reutenburg stattfand. Daß solche Veranstaltungen freudig begrüßt werden und ein Bedürfnis bilden, beweist der Umstand, daß sich über 15 Teilnehmer gemeldet haben. Des weiteren war dem Bericht zu entnehmen, daß auch im abgelaufenen Jahr der Mitgliederstand wieder zurückgegangen ist. Ein Bild von dem gewaltigen Rückgang der Bienenzucht in unserem Bezirk geben folgende Zahlen: die Mitgliederzahl betrug im Jahr 1923 144, 1924 130, 1925 125, 1926 96, 1927 85. In Württemberg beträgt der Rückgang 10,9 Prozent. Dieser rückwärtige Rückgang ist geradezu erschreckend, nicht nur vom Standpunkt des Bienenzüchters aus, sondern vor allem vom Standpunkt des Volkswirtschaftlers wie des Rationalökonom. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Mitglieder, der Bienenzucht, diesem wichtigen Zweig der Landwirtschaft, die Träne zu bewahren. Nach Jahren des Mangels und der Not sind immer wieder Jahre der Freude und des Segens gekommen. Der Kassier, Postinspektor A. u. S., gab den Kassenbericht, der einen bescheidenen Stand aufweist und zu keiner Beanstandung führte. Ingenieur Keller hat die Rechnung revidiert und lobt die muntergültige Kassenführung. Der Vorstand dankt dem Kassier für seine Mithilfe und den Ausschussmitgliedern für ihre treue Mitarbeit in der Verwaltung. In den Jahresbericht des Vorstandes schloß sich eine lebhafte Debatte an. Der Landesvereinsvorstand Lupp dankte dem Verein für seine zielbewusste Arbeit. Den Schwarzwaldimkern empfiehlt er in Frühlingsgärten zu wandern, wie er überhaupt bei den jetzigen Trachtverhältnissen nur noch von der Wanderbienenzucht befriedigende Erfolge erhofft. Die Imker müssen in der Wanderfrage einig sein. Da wo eine gute Tracht einsetzt, sei es in Frühtrachtgärten oder Spättrachtgärten, können Hunderte von Bienen nach finden, ohne einander zu scheiden. Freilich haben sich die Schwarzwaldimker mit dem Wandern noch nicht befreunden können. Mitglied Reuweiler-Reutenburg, der schon Jahre lang wandert, hat gute Erfahrungen gemacht. Seine Völker haben sich vorzüglich entwickelt und reiche Erträge eingetragen. Frank-Forstheim stellt einen Vergleich zwischen Früh- und Spättrachtgärten und kommt zu dem Resultat, daß der Honigertrag in den Spättrachtgärten leider sei als in den Frühtrachtgärten, freilich sei es eben oft lange an, bis der Wald honigt. Auf den Vortrag von Landesvorstand Lupp war man allgemein gespannt. Er sprach über Kolumbien und Waldtrachtgärten. Der Krankheitskörper dieser gefährlichen Krankheit, gegenüber der die Maulbeere ein Kinderpiel genannt werden könne, sei Kolumbia apia, ein mikroskopisch kleines tierisches Lebewesen.

## Wahrheit im Kampf, Deutsche Volkspartei!

Die Deutsche Volkspartei verbreitet eine Reihe von Flugblättern zu dem Thema „Reichsschulgesetz“, die grobe Unwahrheiten enthalten.

1. Die Deutsche Volkspartei behauptet, sie habe den „ehelichen Willen“ gehabt, an dem Reichsschulgesetz mitzuwirken und es zu verabschieden.

**Das ist nicht wahr.**  
Wahr ist vielmehr, daß sie durch ihre Anträge ein Schulgesetz gewollt hat, das den atheistischen und verschwommenen Kulturideen Vorschub leistet.

2. Die Deutsche Volkspartei behauptet, das Zentrum sei der alleinige Rumpfen des Reichsschulgesetzes gewesen, die Deutschnationalen hätten ihm dabei geholfen.

**Das ist nicht wahr.**  
Wahr ist, daß die amtliche Vertretung sämtlicher deutschen evangelischen Landeskirchen sich hinter das Reichsschulgesetz gestellt und das Scheitern aufs schmerzlichste bedauert hat.

3. Die Deutsche Volkspartei behauptet unentwegt trotz wiederholter Widerlegungen, Generalsuperintendent Dibelius habe die Haltung der Deutschen Volkspartei zum Reichsschulgesetz gebilligt.

**Das ist nicht wahr.**  
Wahr ist vielmehr, daß Generalsuperintendent Dibelius vollkommen auf dem Standpunkt der Erklärung des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses steht. Die Deutsche Volkspartei verübt durch irreführende Zitterung des Generalsuperintendenten einen falschen Eindruck zu erwecken, sie kümmert sich nicht um längst erfolgte sachliche Widerlegungen.

4. Die Deutsche Volkspartei behauptet, der Reubellische Reichsschulgesetzentwurf hätte die Zersplitterung des deutschen Volksschulwesens und die Zerschlagung der Staatsschule gebracht.

**Das ist nicht wahr:**  
sonst hätten nicht die evangelischen Kirchen Deutschlands dem Gesetzentwurf zustimmen können.

Deutsche Eltern, Ihr könnt nur der Partei eure Stimme geben, die sich klar und ohne Winkelzüge für den Reubellischen Reichsschulgesetzentwurf eingesetzt hat, der

**Das ist nicht wahr.**  
Wahr ist, daß die Zersplitterung des deutschen Schulwesens auf die Reichsverfassung zurückgeht. Der Reubellische Entwurf hat gerade nach Möglichkeit an die bestehenden Schulverhältnisse anknüpfen wollen.

5. Die Deutsche Volkspartei behauptet, die Gemeinschaftsschule der Reichsverfassung könne eine christliche Schule sein, und sie habe sich deshalb für diese Schulform eingesetzt.

**Das ist ein Irrtum.** Die Gemeinschaftsschule der Reichsverfassung ist nichts anderes als eine weltliche Schule mit angehängtem Religionsunterricht. Christliche Erziehung ist dort ausgeschlossen. (Vergleiche Sachsen u. Braunschweig.)

6. Die Deutsche Volkspartei behauptet, sie habe die christlichen Belange der Elternschaft nicht verletzt.

**Das ist nicht wahr:**  
die Gemeinschaftsschule unterstößt die Bestrebungen der roten Machthaber.

Dieser Schule wollte die Deutsche Volkspartei eine Vorrangstelle einräumen gegenüber der Bekenntnisschule.

7. Die Deutsche Volkspartei behauptet, das Reubellische Reichsschulgesetz hätte große Kosten gemacht.

**Das ist nicht wahr:**  
ein Reichsschulgesetz, das weniger Kosten macht als das Reubellische, läßt sich nicht denken; denn es wollte nach Möglichkeit am alten Zustande festhalten.

8. Die Deutsche Volkspartei bestreitet ihre Schuld am Scheitern des Reichsschulgesetzes mit der Behauptung, das Gesetz sei dem Zentrum im Sinne des Bayerischen Konkordats zu weit entgegengekommen.

**Das ist nicht wahr:**  
sonst hätten nicht die evangelischen Kirchen Deutschlands dem Gesetzentwurf zustimmen können.

Deutschnationalen Volkspartei (Württemberg. Bürgerpartei) **Liste 2**

**Photo-  
Stadelmann  
Birkenfeld  
Atelier.**

**Gärtner,**  
18 bis 22 Jahre alt, wird zur selbständigen Bearbeitung eines kleinen Gemüsegarten und für die Hausarbeit bei guter Bezahlung zum 1. Juni gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe des Alters erbeten:

**Erholungsheim  
Ludwigsburg,  
Bad Liebenzell.**

Schwann.

Empfehle mich zur Pflanzung aller Sorten

**Kohlen, Koks,  
Briketts,**

jedes Quantum ab Lager frei Haus od. ab Bahn zu Sommerpreisen; für Bäckereien und Wirtschaften etc. billige Bezugsquelle. Ferner liefere alle Sorten

**Brennholz**

frei Haus (auf Wunsch sofort) billigst bei günstiger Zahlungsweise.

**Carl Gentner,**  
Holz und Kohlen,  
Tel. Reutenburg Nr. 142.

**Personal gesucht.**

Ein **Mädchen**

für Zimmer und Hausarbeit und ein Mädchen für Küche und Hausarbeit werden zum 1. Juni bei guter Bezahlung in Dauerstellung gesucht.

Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe des Alters erbeten an:

**Erholungsheim  
Ludwigsburg,  
Bad Liebenzell.**



weisen, das nur die erwachsenen Bienen, nicht aber die Bienenbrut befallt. Die Erkrankung des Tieres findet ausschließlich im Mittelarm statt. Die einzelnen kranken Bienen lassen keine Merkmale erkennen, die man als verdächtig für die Rosenmausekrankheit ansprechen kann, denn die befallene Biene geht ihrer Arbeit innerhalb und außerhalb des Stodes ebenso nach wie eine gesunde, aber schließlich stirbt sie. In Fällen starker Erkrankung jedoch, wo vielleicht 80-90 Prozent der Tiere befallen sind, kann das Volk ziemlich schnell verschwinden, was sich durch auffallend starken Totenfall bemerkbar macht. Die Bekämpfung der Rosenmausekrankheit kann ähnlich durchgeführt werden wie bei der Faulbrut, indem man das Kunstschwärmverfahren anwendet. In den meisten Fällen aber, namentlich da, wo die Seuche schon weit vorgeschritten ist, ist der Schwärmelappen das einzig richtige Mittel. Der Vorkheude dankte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen, die auf den neuesten wissenschaftlichen Forschungen von Prof. Pander und Prof. Dr. Borchert beruhen. Die Wahlen brachten einige Veränderungen. Durch Affirmation wurden gewählt als Vorstand Oberleutnant Frey, als Schriftführer Viktor Wieland und als Kassier Postinspektor Lutz. In den Ausschuss wurden berufen Ingenieure G. Keller, Karl Schumacher, August Döll, Köcher Bengert, Wilhelm Braun, Ernst Schwemle und Anwalt Reuster. In einer allgemeinen Aussprache wurden noch verschiedene Angelegenheiten erörtert. Der Richtpreis für Schwärme wurde festgesetzt auf 3 RM. im Mai, 2,50 RM. im Juni und 2 RM. im Juli pro Pfund Dornig- und Butterpreis gingen früher immer

einig. Das soll künftighin auch wieder der Fall sein. Demzufolge beträgt der Dornigpreis pro Pfund 2 RM. ohne Glas. Für Einheitsgläser soll in Neuenbürg eine Verkaufsstelle errichtet werden. Als Werbemittel für den deutschen Honig kamen an die anwesenden Mitglieder künstlerisch ausgeführte Werbeblätter zur Verteilung. Mitglieder, welche keine mehr erhalten konnten, wollen solche beim Vorhand anfordern. Nachdem das Ausschussmitglied Karl Schumacher dem Vorigen für seine Geschäftsführung gedankt, schloß dieser mit allgemeinem Dank und dem Wunsche auf ein gutes Dornigjahr die anregend verlaufene Versammlung.

### Württemberg.

**Hohenbockach, 16. Mai.** (90 Prozent Schwaden in den Weinbergen.) Die Weinberge zeigen ein trauriges Bild der Verwüstung. Schon der Frost in der Nacht auf 11. Mai, ganz besonders aber die Kälte in der Nacht auf 12. Mai haben den schönen Traubenansatz bis zu 90 Prozent vernichtet. Der Weingärtnerstand ist in eine verzweifelte Lage versetzt. Er wird seines Lebens nicht mehr froh und sieht erneut vor dem Existenzkampf, nachdem in wenigen Jahren die Weinberge mehrere Male erkröten sind. Aus eigener Kraft kann er sich nicht helfen und es wird wohl eine Staatsaktion eingeleitet werden müssen.

**Stuttgart, 16. Mai.** (Bekämpfung des unerlaubten Dauschbändels mit Arzneimitteln.) Die Ministerien haben im Interesse der Aufrechterhaltung einer geordneten Versorgung der

Bevölkerung mit preiswerten Arzneimitteln die Bezugsstellen erneut angewiesen, die Einhaltung des Verbots des Handels von Arzneimitteln im Umherziehen fortgesetzt scharf zu überwachen, gegen Zuwiderhandeln einzuschreiten und in regelmäßigen Intervallen die Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse vor dem Ankauf oder der Bestellung von Arzneimitteln und Tierarzneimitteln, die im Umherziehen angeboten werden, in geeigneter Weise öffentlich zu warnen.

**Kirchheim u. T., 16. Mai.** (Tödlicher Unfall.) Als gestern mittag der hier gastierende Curtus Schneider einen seiner Wagen mit Anhänger zum R. f. B.-Bau brachte, setzte sich der achtjährige Sohn des Stadtpfarrers Dinkelacker auf die Deichsel des Anhängerwagens. Er glitt offenbar dabei aus, fiel herab und kam unter den Anhängerwagen. Die Räder gingen über den Jungen hinweg und verletzten ihn so schwer, daß er bei der Einlieferung ins Krankenhaus gestorben ist.

**Reutlingen, 16. Mai.** (Verurteilungen bei der Ortstrankenkasse Reutlingen.) Das Große Schöffengericht hat den früheren Angestellten der Reutlinger Ortstrankenkasse Paul Weber wegen Unterschlagung in einem Jahr und einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Unterschlagungen betrafen bis auf 1400 Mark. Angeklagt waren ferner wegen Unterschlagung mehrere Kerze der Bahnhofs- und es wurden verurteilt der Gehilfe Dr. Bendel zu 600 Mark, ferner Eberlein zu 200 Mark und Deuter Herr zu 100 Mark Geldstrafe. Die Kerze hatten sich von Weber beschaffen aus den von diesem unterschlagenen Geldern geben lassen, die aber teilweise erbeutet wurden.

# Wahlaufruf!

Die Rechtsparteien haben jetzt jahrelang in Deutschland geherrscht. Sie haben den Reichspräsidenten gestellt, sie sind die stärkste Partei der Reichsregierung, sie führen in Württemberg.

## Von all den reaktionären Versprechungen ist nichts erfüllt.

Bei den Wahlen von 1924 haben sie sich von der nationalen Bewegung in die Macht tragen lassen: kaum aber waren sie warm geworden in ihren Ministersejten, da verleugneten sie alle ihre nationalen Ideale, um für den Geldsack des Großbesitzes zu sorgen. Sie haben die Kriegsschuldfrage nicht widerrufen, sie haben nichts für die Befreiung der Rheinlande getan, sie machen im Völkerverbund mit, sie haben alles gutgeheißen, weswegen sie vorher die Sozialdemokratie und die Republikaner mit Schimpf und Schmutz bedeckt hatten.

## Ohne die Kommunisten

wäre die Reaktion niemals so stark geworden.

Darum sind den Keudell und Bazille die Kommunisten auch tausendmal lieber als die Sozialdemokraten. Der Versuch des deutschnationalen Reichsinnenministers, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten, war ein Versuch, die Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokratie stark zu machen.

## Großbesitz und Reaktion fürchten nur die Sozialdemokratie,

aber nicht die Kommunisten. Wäre die Kommunistische Partei nicht da, dann wäre es dem Großkapital und seinen reaktionären Handlangern nicht möglich gewesen,

dem Großbesitz 2 1/2 Milliarden Steuererleichterung zuzuschlagen, den Ruhrindustriellen widerrechtlich 715 Millionen Mark zu schenken, den Großindustriellen und dem Großgrundbesitz verbilligte Milliardenkredite auf Kosten der Allgemeinheit zu verschaffen, die Ständesherrn und die großen Pensionäre mit Millionen zu bedenken, während auf der anderen Seite aus den Massen 3 Milliarden mehr herausgepreßt, die Sozialpolitik beeinträchtigt, die Opfer des Krieges und der Inflation stiefmütterlich behandelt wurden. Für Reichswehr und Panzerkreuzer, für Korruption und Spekulation ist Geld da, nur nicht für die soziale und kulturelle Hebung der breiten Massen des Volkes. Der Sinn der Rechtsregierungen in Reich und Land war,

## die Reichen noch reicher, die Armen noch ärmer

zu machen. Heute herrscht das Großkapital unumschränkt in Deutschland. Jedes Stück Fleisch, jeden Würfel Zucker, jeden Bissen Brot hat es verteuert und dabei droht es, Deutschland weiter in der Welt zu isolieren, lenkt durch großmüßige Phrasen und unsinnige Rüstungsausgaben die Abneigung der Welt gegen uns, bedroht die demokratischen Rechte der Staatskörper, fühlt sich als Herr im Hause gegenüber den Arbeitnehmern.

## Fort mit der Reaktion, Nationalismus und Ausbeutung!

Für Republik, Frieden und soziale Gerechtigkeit!

# Wählt Sozialdemokraten!

## An die Wähler und Wählerinnen des Oberamtsbezirks Neuenbürg! Männer und Frauen!

Unser Schicksalstag ist der nächste Sonntag, der 20. Mai. Nur der Kandidat bekommt unsere Stimmen, der völlig unabhängig ist von engstirnig parteipolitischen und wirtschaftlichen Gruppen. Den Tüchtigsten wollen wir zum Führer berufen, eine hervorragende Persönlichkeit mit reicher Erfahrung auf allen Gebieten des Staats- und Wirtschaftslebens. Das öffentliche Leben muß wieder durchdrungen werden von Rechtschaffenheit, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit als Grundlage des wirtschaftlichen und staatlichen Aufstiegs. Auf der breiten Grundlage eines gefunden, wohlversorgten Arbeitsvolkes soll sich ein freies Wirtschaftsleben mit einem freien Unternehmer-, Bauern- und Mittelstand aufbauen. Hebung der Lebenshaltung aller Schichten unseres Volkes, steuerliche Gerechtigkeit, Sparsamkeit und Einfachheit im ganzen öffentlichen Leben und damit umfassende Steuerlenkung, Hilfe den wirtschaftlich Schwachen, Pflege unserer Kulturgüter, Ausgleich und Versöhnung, damit Volk und Vaterland wieder frei und groß werden, sind Zielpunkte unserer Politik. Die Angelegenheiten und Wünsche unseres Bezirks sollen tatkräftig und zielbewußt vertreten und gefördert werden. Von allen Kandidaten vereint Fritz Mauthe in glücklichster Weise die Eigenschaften in sich, die wir von einem Abgeordneten verlangen und er wird unseren Forderungen am besten gerecht. Für seine seitherige ersprießliche Tätigkeit wird ihm aus allen Bezirken Dank und Anerkennung gezollt.

**Fritz Mauthe**  
**Fritz Mauthe**  
**Fritz Mauthe**

hammt aus dem Volk und hält sich zum Volk, er kennt unsere Lebensbedingungen und hat einen klaren Blick für die Bedürfnisse der Gegenwart. kennen wir aus eigener Erfahrung und wissen die hervorragenden Eigenschaften dieses schlichten und aufrechten Mannes zu würdigen, der mit seltener Treue und Selbstlosigkeit seinem Volke und Vaterland zu dienen bestrebt ist. Ist kein Beutemacher für Interessenhüngelei und persönlichen Ehrgeiz, sondern ein wirklicher Volksvertreter, eine starke Persönlichkeit, ein reiner Charakter.

**Fritz Mauthe**

Wähler und Wählerin! Vergiß nicht, daß Du am Wahltag Gestalter Deines Schicksals bist, daß Du Deine und Deiner Kinder Zukunft maßgebend selbst bestimmst. Prüfe reiflich und wähle den Mann, der Dein Vertrauen verdient:

**Fritz Mauthe, Spitzenkandidat der Liste 6.**

# Wirte

kaufen günstig  
**Hotel-Porzellan**  
in weiß und dekoriert, wie auch sämtliche Wirtschafts-Artikel in Glas, Kupfer und Aluminium, extraschwer, in dem großen Spezialgeschäft für Hotel- und Wirtschafts-Einrichtungen  
**Ludwig Dietrich,**  
Pforzheim, Westliche 34.

## Parteiprogramme in der Praxis

Der alte Führer der Demokratie, Herr Geheimrat v. Payer, warnt vor dem Einheitsstaat. Der neudemokratische Finanzminister a. D. Schall kämpft scharf für den Einheitsstaat. Derselbe Herr schreibt als Vorstand des Württ. Sparkassen- und Giroverbands folgenden Brief an das württ. Staatsministerium:  
Payer, Sparkassen- und Giroverband  
Württ. Sparkassen- und Giroverband  
Bad. Sparkassen- und Giroverband  
Nell. Sparkassen- und Giroverband  
München, Stuttgart, Mannheim, Darmstadt  
14. April 1928.

Die unterzeichneten süddeutschen Sparkassen- und Giroverbände wenden sich an die süddeutschen Staatsregierungen mit dem gemeinsamen Ersuchen, gegen die vom Reichsfinanzministerium und von der Reichsbank neuerdings immer intensiver betriebene für die süddeutsche Wirtschaft überaus nachteilig sich auswirkende systematische Konzentration der Reichsgelder Stellung zu nehmen und der aus der Zusammenballung dieser Gelder in Berlin entstehenden Entblutung der süddeutschen Länder entgegenzuwirken. In die  
Staatsministerien  
in München, Stuttgart,  
Karlsruhe, Darmstadt.  
Man sieht, wohin der Einheitsstaat führen wird: Alles wird von Berlin aus diktiert. Darum wählt die Partei, die allein für die Erhaltung Württembergs als Staat eintritt.

**Wählt Deutschnationale Volkspartei (Württemberg.)**  
Stimmzettel Nr. 2.

